

# WESER-NOTRUF

BÜRGERINITIATIVE WESERBERGLAND

Jan./Febr. 1977

im Weltbund zum Schutze des Lebens e. V.

Herausgeber: Werner Schirr, Förstweg 13, 3280 Bad Pyrmont

## WAS DEN BÜRGERN VERSCHWIEGEN WIRD

Die Aussagen von den Atombefürwortern über die sichere Funktion und Überwachungstechnik kerntechnischer Anlagen hat sich als Rösttäuscherei erwiesen. Da die Minister Matthöfer und Maihofer die unten angeführten Berichte kennen, sind damit ihre widersprüchlichen Aussagen erklärbar. Unterrichten sie die Bundestagsmitglieder falsch? Es muß vermutet werden, daß sie auch dem Bundeskanzler diese Berichte verschweigen. Wir fordern eine Stellungnahme der Regierung.

### HIER DIE BEWEISE:

EINE ZUVERLÄSSIGE ABSCHÄTZUNG DER RISIKEN IST NICHT MÖGLICH  
Statusbericht des Kernforschungszentrums Karlsruhe - KFK 2100 - Methoden zur quantitativen Analyse von Kernenergie Risiken.

Projekt Nukleare Sicherheit - Institut für angewandte Systemtechnik und Reaktorphysik.

A. Papp, L. Caldarola, F. Holm, P. Jansen, P. Me Grath, G. Weber

Aus dem amtlichen Text: "SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN"

Die Autoren sind auf der Basis des erörterten Wissensstandes zu der Ansicht gekommen, daß unter den gegenwärtigen Voraussetzungen eine zuverlässige quantitative Abschätzung der Risiken durch die Nutzung der Kernenergie noch nicht befriedigend möglich ist. Im wesentlichen haben sich folgende Schwachstellen herauskristallisiert:

- a) Die Eintrittswahrscheinlichkeit störfallauslösender Ereignisse sowie die Zuverlässigkeit der störfallhemmenden Funktion sicherheitstechnischer Einrichtungen kann wegen mangelnder Daten der Komponenten und nur unvollständiger Erfassung aller Funktionszusammenhänge im allgemeinen noch nicht hinreichend genau ermittelt werden.
- b) Der physikalische Ablauf des Unfallgeschehens in der Anlage sowie die physikalischen Folgeereignisse in ihrer Umgebung vollziehen sich in außerordentlich komplexen Systemen. Methoden zur modellmäßigen Erfassung dieser Vorgänge befinden sich heute in der Entwicklung, haben jedoch noch nicht den Stand erreicht, der zu einer Errechnung von Risikowerten vorauszusetzen wäre.
- c) Über die Schadensauswirkungen eines Unfalls, d. h. über die biologischen Konsequenzen äußerer Bestrahlung und der Inkorporation radioaktiven Materials sind allgemein akzeptierte quantitative Angaben nur in beschränktem Umfang verfügbar. Schließlich befinden sich auch die Methoden zur Bewertung dieser Folgen und zum quantitativen Vergleich mit anders gearteten Risiken erst in der Entwicklung.

Wegen des großen Umfangs und der Komplexität des Problemkreises dürfte es im Moment nicht möglich sein, eine Liste von Aktivitäten aufzustellen, deren Durchführung mit Sicherheit zu einer zuverlässigen quantitativen Ermittlung der Risiken und der Möglichkeit einer definierten Herabsetzung führen würde. Es soll jedoch eine Reihe von Forschungsarbeiten vorgeschlagen werden, die die wichtigsten Lücken abdecken und daher zu einer wesentlichen Verbesserung des gegenwärtigen Standes führen würden.



## SO STEHT ES UM DIE SICHERHEIT VON AUFBEREITUNGSANLAGEN

Auszugsweise Übersetzung aus der französischen Wochenzeitung  
"Le Nouvel Observateur" NO. 629 vom 29. 11./5. 12. 1976

### DIE ATOM-MÜLLEIMER

"...Bevor die Belegschaft von "La Hague", der französischen Wiederaufarbeitungsanlage am 16. 9. 76 in den Streik trat, war sie die letzte Anlage der Welt, wo man weiterhin versuchte, die hoch radioaktiven Brennstäbe, die in den Atomreaktoren verwandt worden waren, aufzuarbeiten. Die einzige amerikanische Wiederaufarbeitungsanlage, die jemals in Betrieb war, wurde 1972 geschlossen, nachdem in sechs Jahren 14 Störfälle auftraten, und die Verseuchung von 39 Personen, vor allem durch Plutoniumdünste, eingetreten war. Die radioaktive Verseuchung dieser Anlage hatte zur Folge, daß man nur vorübergehend Leute ohne Vorbildung einstellte, die, nachdem sie nach einigen Tagen oder höchstens Wochen die für ein Vierteljahr höchstzulässige Verseuchung erreicht hatten, ausgetauscht wurden.

### 205 ANGESTELLTE IN 1 JAHR RADIOAKTIV VERSEUCHT

SO etwa ist auch die Lage in "La Hague"

Bei Streikausbruch überstieg die Zahl der vorübergehenden Angestellten die der ständigen Arbeiter. Allein im Jahre 1975 registrierte man 72 Störfälle und 205 mit einer radioaktiven Überdosis bestrahlten Mitarbeiter der 2 000 Mann starken Belegschaft, davon 41 durch Plutonium.

Aber - in "La Hague" ist von Schließen keine Rede. Im Gegenteil, die Regierung hat beschlossen, die Anlage zu privatisieren, d. h. sie dem Gesetz der Rentabilität zu unterwerfen. Darüber hinaus hat die Anlage ein alarmierendes Ausmaß an Radioaktivität bereits erreicht, bevor man die reguläre Gewinnung des H.A.O. (hochgiftiges Oxyd) aufnahm, wodurch jährlich 800 - 1000 t Uran-Stäbe aufbereitet werden sollen (Le Carrean d'uranium), die aus den neuen Reaktoren des amerikanischen Typs stammen, um daraus 7 000 - 8 000 kg Plutonium zu gewinnen.

### USA VERZICHTET AUF WEITERE WWA

Diese Brennstäbe sind 10 - 15mal radioaktiver als jene, die bislang in "La Hague" aufbereitet worden sind. Ihre Wiederaufbereitung stellt für die Belegschaft und für die Gegend in einem Umkreis von etwa 100 km ein so hohes Risiko dar, daß die USA jedenfalls entschieden haben, eine neue Aufbereitungsanlage vorläufig nicht in Betrieb zu nehmen. Länder wie Japan und die BRD ziehen es vor, sich Frankreich als ihres Müllleimers zu bedienen; ihre Abfälle und radioaktiven Brennstoffe werden in "La Hague" aufbereitet.

### ZWEI BEDINGUNGEN DER STREIKENDEN

Nach den Vorausberechnungen, die sich auf die Erfahrungen der Ingenieure der Gewerkschaft C.F.D.T. gründen, wird die regelmäßige Aufbereitung hochgiftigen Oxyds in "La Hague" bald zu einer unhaltbaren Situation führen, die mit der Schließung der Anlage enden wird. Bislang hat man nur einen Probelauf von einigen Tagen, in denen 17 t aufbereitet wurden, gestartet.

Die gesamte nationale und internationale Nuklearpolitik Frankreichs stützt sich auf eine Aufbereitungstechnik, die in "La Hague" niemals wirklichen industriellen Produktionsprinzipien unterworfen war und die im Ausland zu einem Fehlschlag geführt hat.

DAHER DIE ZWEIFACHE FORDERUNG DER STREIKENDEN VON LA HAGUE:  
Vorrang der Sicherheit über die Rentabilität - was jegliche Privatisierung aus-



schließt -, atomare Denkpause, keine Inangriffnahme einer neuen Zentrale, solange der Beweis nicht erbracht worden ist, daß die auf jeder Ebene sich ergebenden Probleme endgültig gelöst werden können." Soweit "Le Nouvel Observateur".

KOMMENTAR des Herausgebers:

Solche Meldungen bestätigen, daß die gesamte "friedliche" Atomindustrie bis heute noch nicht aus dem Experimentierstadium herausgekommen ist. Albert Einsteins Ausspruch bestätigt sich: "Atomkernspaltung kann nur der Zerstörung dienen." Das ganze Dilemma der Atomenergie wird jetzt sichtbar. Verantwortungslose Energiepolitik förderte den Bau von Atomkraftwerken, ohne sich um die Folgekosten zu kümmern. Nur wenige Prozente des Rohstoffs Uran werden genutzt. 95 % radioaktiver Abfall soll jetzt in sogenannten "Entsorgungsanlagen" beseitigt werden. Sie werden den letzten Rest unseres Lebensraumes um uns zerstören.

Hierzu ein Schreiben von Herrn Prof. Dr. Erich Huster, Dir. des Instituts für Kernphysik, Münster am 10. 8. an Gerhard Rein, Südd. Rundfunk:

"Ich verfolge mit Sorge die öffentliche Diskussion über die Kernenergie. Es gibt, soweit ich sehe, noch eine Menge schwerer und schwerster Bedenken dagegen. Abgesehen davon, daß Lieferschwierigkeiten auch beim Uran ebenso möglich sind wie beim Öl, bleiben die G E F A H R E N:

1. R e a k t o r u n f ä l l e sind trotz aller Maßnahmen nicht sicher auszuschließen und ihre Folgen haben andere Dimensionen als Verkehrsunfälle. Von einem Mitarbeiter von Jülich (Kernforschungsanlage) wurde mir gesagt: Man könne und man müsse sich auch daran gewöhnen. Ich kann diesen Z y n i s m u s nicht aufbringen.

2. Die Normalreaktoren haben eine mittlere Lebensdauer von 15 Jahren, sagt man. Was macht man mit den a u s g e b r a n n t e n R e a k t o r e n, die man kaum abbauen kann? Dasselbe gilt für A b f ä l l e. Eine Erklärung von höherer Stelle, man habe bis mindestens 1990 noch ausreichende Lagerplätze zur Verfügung, tröstet mich überhaupt nicht. Wohin mit der dann stetig und immer steiler ansteigenden Menge?

T r a n s p o r t g e f a h r: Sie erscheint mir alles andere als vernachlässigbar, zumal man ja z. Zt. nach der Parole handelt: Weg von der Schiene auf die Straße!

3. Ein M i ß b r a u c h des P l u t o n i u m s durch spätere Regierungen kann kaum ausgeschlossen werden; wir hatten doch schon in nicht zu ferner Vergangenheit den Ruf nach Kernwaffen für die Bundeswehr.

Aus all diesen Gründen halte ich es n i c h t f ü r v e r a n t w o r t b a r gegenüber den Nach-Uns-Lebenden, wenn wir ihnen Probleme für Jahrtausende hinterlassen. Warum warten wir nicht wenigstens, bis wir diese Probleme gelöst haben? Alle Befürworter, die ich gesprochen habe, trösteten sich mit der Aussicht, daß die Lösungen gelingen sein werden, bis die erste Generation der geplanten Reaktoren steht, also in zehn bis fünfzehn Jahren. Ich halte das nicht für so sicher. Ich glaube nicht mehr, der Untergang des Abendlandes könne noch aufgehalten werden, mir scheint vielmehr, daß die Lust des Abendlandes an diesem seinem Untergange zunimmt. In tiefer Skepsis..."

.....

Schon Albert Schweitzer warnte.

"Die Lüge sitzt unheimlich wie noch nie auf dem Throne der Welt. Nur Leute, die nie dabei waren, wenn eine Mißgeburt ins Dasein trat, nie ihr Wimmern hörten, nie Zeugen des Entsetzens der armen Mutter waren und kein Herz haben, vermögen den Wahnsinn der Kernspaltung zu befürworten. Mögen sie doch in sich gehen, dem Gewissen gehorchend, eingedenk der eigenen lieben Mutter und aller andern Erdenmütter in Ehrfurcht vor Gott erschauern und sich zu einem immer radikaleren 'Nein' zum Kernspaltungswahnsinn aufrufen."



## DER SKANDAL VON GROHNDE

Minister Schnipkowitzs Nacht- und Nebelaktion war mit der Preußenelektra insgeheim abgesprochen. Schnipkowitz bekannte sich später zu diesem bürgerfeindlichen Vorgehen auf einer Veranstaltung in Hameln. Zehn Tage vor seiner Unterschrift hatte er noch gegenüber einer Delegation unserer Bürgerinitiative erklärt, daß er wegen des Risikos große Bedenken hätte, die Genehmigung zu erteilen. War dies ein Täuschungsmanöver?

Was war am 8. Juni 1976 geschehen?

Morgens kurz vor 6 Uhr wurde der Landwirt mit der Forderung überrascht, den kurz vor der Reife stehenden 17 ha großen Weizenschlag sofort abzumähen. Da dies nicht möglich war, wurden von der Preußenelektra auf niedergewalztem Weizen mit einem Großaufgebot von Arbeitern und Technikern an einem Tage nach dem Muster des eisernen Vorhanges zwei hintereinander gestaffelte fast 4 m hohe Drahtverhauzäune und eine Flutlichtanlage um das ganze Gelände errichtet. Polizei und Wachmannschaften mit Polizeihunden sicherten das Gelände ab. Das fruchtbare Weizenfeld hinderte zwar die Bürger an der Platzbesetzung, nicht aber die Preußen - elektra. Das ganze war ein ausgeklügeltes Komplott. Ihr Vorgehen löste in der Bevölkerung helle Empörung aus.

Durch eine großangelegte Spendenaktion wurde es möglich, zwei Freiburger Anwälte mit Erfahrung im Wyhler Atomprozeß zu gewinnen. Der Herausgeber dieses Blattes und eine junge Frau aus unserer Bürgerinitiative klagen nun vor dem Verwaltungsgericht Hannover gegen den Sozialminister auf Widerruf der 1. Teilgenehmigung für das Atomkraftwerk Grohnde. Außerdem klagen noch die Stadt Hameln, 3 Industriebetriebe des Ernährungs- und Arzneimittelsektors, eine Holzfabrik und der Sportfischerverband auf Baustopp.

Das am 14. Dez. 76 in Hannover stattgefundene Wassergenehmigungsverfahren verlief derart skandalös und führte zur Strafanzeige gegen den Regierungspräsidenten und den Sozial-, sowie den Landwirtschaftsminister durch den Herausgeber. Das Verfahren läuft beim Landgericht Hannover. Den Bericht hierüber finden Sie auf der Innenseite.

# Helfen Sie mit im Kampf gegen die Atomkraftwerke!

Bitte ausschneiden und einsenden!

### Zusage:

Ich unterstütze bis auf Widerruf die Prozeßführung gegen Atomkraftwerke durch einen Monatsbeitrag

von DM ..... i.W.: .....  
und erteile hiermit meiner Bank oder Postscheckamt:

..... Konto-Nr.: .....

den Dauerauftrag, bis auf Widerruf DM .....  
von meinem Konto abzubuchen und auf das Konto:  
Postscheckkonto Hannover 748 Weltbund zum Schutze  
des Lebens, LV Niedersachsen e. V. zu überweisen.  
Kennwort: Atomprozeß

Ich überweise eine Spende von DM ..... auf  
obiges Konto.

Name: .....

Ort: ( ) Str. ....

Datum: ..... Unterschrift: .....

### Bestellung:

Bitte senden Sie mir unverbindlich den nächsten  
Weser-Notruf - DM 1,- lege ich bei.

### Einzusenden an:

Bürgerinitiative Weserbergland  
im Weltbund zum Schutze des Lebens e. V.  
328 Bad Pyrmont, Forstweg 13

Poststempel-Muster. Poststelle  
mit Postsch.-Zahlkarte. Hann.  
Kto. 748-309 WSL anliegend.  
100 Stk. 13,- DM. Bitte Betrag  
mit Spende nach oben aufrufen.  
den. Herzl. Dank. Wir erhalten  
keine staatl. Unterstützung.  
Wir müssen uns selbst helfen.

WEITERE Konten in den Ortschaften: Hameln, Emmertal, Bad Pyrmont, Bodenwerder  
Kreissparkasse Hameln, WSL-Konto Nr. 224 Volksbank Emmertal WSL-Konto 1755  
Stadtparkasse Bad Pyrmont, WSL-Konto 1720721-St. Sparkasse Bodenwerder WSL  
Konto Nr. 3434

KEIN ATOMKRAFTWERK IN GROHNDE UND ANDERSWO !!!!!!!!!  
KEINE WIEDERAUFARBEITUNGSANLAGE IN DER LÜNEBURGERHEIDE !!!!!!!!!



Werner Schirr  
Landschaftsarchitekt BIG

3280 Bad Pyrmont, den 14. 12. 1976  
Forstweg 13

An die Staatsanwaltschaft  
beim Landgericht Hannover  
Volgersweg 65

### S t r a f a n z e i g e

1. gegen  
den Sozialminister des Landes Niedersachsen, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 2,
2. den Minister für Landwirtschaft des Landes Niedersachsen, Calenberger Str. 2,
3. den Regierungspräsidenten in Hannover, Postfach 203,  
alle in 3000 Hannover 1

wegen

Verdacht der Rechtsbeugung gemäß § 336 des StGB.

### B e g r ü n d u n g

Das wasserrechtliche Erlaubnisverfahren für das Atomkraftwerk Grohnde ist noch nicht abgeschlossen.

Auf Grund der öffentlichen Bekanntmachung v. 6.8.1976 wurden aus Kreisen der Bevölkerung Einwendungen gegen die Absichten der Preußischen Elektrizitätsgesellschaft AG, Hannover, erhoben, für den Kühlbetrieb des geplanten Atomkraftwerks Grohnde Wasser aus der Weser zu entnehmen.

Auf Anordnung des Regierungspräsidenten in Hannover fand am 14. 12. 76 in dieser Sache der gesetzlich vorgeschriebene Erörterungstermin mit den Einwendern statt.

(A.Z. 503.1-62011/2.04-023-)

Dabei sollen... "alle Einwendungen mit den Antragstellern und den Personen, die Einwendungen erhoben haben, mündlich erörtert werden." (Ministerialrat J. Faffelhuber, Bundesministerium des Innern, Das atomrechtliche Genehmigungsverfahren, in Kernenergie und Umwelt, Hg. v. Karl Aurand, 1976, S. 251).

Längst vor Einleitung des wasserrechtlichen Genehmigungsverfahrens haben sich jedoch der Sozialminister des Landes Niedersachsen in Übereinstimmung mit dem Landwirtschaftsminister und dem Regierungspräsidenten in Hannover in der wasserrechtlichen Frage festgelegt:

"Der ML kommt in Übereinstimmung mit dem Regierungspräsidenten in Hannover als für das Atomkraftwerk Grohnde zuständige wasserrechtliche Erlaubnisbehörde - hinsichtlich der Belange des Gewässerschutzes zu dem Ergebnis, daß grundsätzliche Bedenken gegen die Errichtung und den Betrieb des Atomkraftwerks Grohnde nicht erhoben werden.

Dabei geht der ML davon aus, daß eine Reihe von im wasserrechtlichen Verfahren näher festgelegten Auflagen und Bedingungen, die mit geeigneten technischen Mitteln erfüllbar sind, eingehalten werden..." (Nieders. Sozialminister -II-22.51.52(12)-8.6. 1976, 1. Teilgenehmigung zur Errichtung des Kernkraftwerks Grohnde, S. 78).

Die Nieders. Landesregierung, die sich den "Zielsetzungen, nach denen auch die Elektrizitätswirtschaft ihre Entwicklungsvorstellungen und Vorhaben ausrichtet, seit langem unterstellt" hat (1. Teilgenehmigung, aaO S. 132), und der Regierungspräsident in Hannover begeben sich damit in eindeutigem Widerspruch zum Gesetz:

"Die Prüfung der Genehmigungsbehörde erstreckt sich außer auf die Genehmigungsvoraussetzungen des Atomgesetzes auch auf die Beachtung der übrigen in Betracht kommenden öffentlich-rechtlichen Vorschriften des Wasserrechts, des Energiewirtschaftsrechts, des Raumordnungsrechts.

D. h. aber nicht, daß die atomrechtliche Genehmigungsbehörde zuständig für die Erteilung von Genehmigungen und Erlaubnissen nach diesem außerhalb des Atomrechts liegenden Rechtsvorschriften wäre.

Sie prüft nur, ob die nach diesen Gesetzen erforderlichen Bewilligungen oder Erlaubnisse erteilt sind.



Trifft dies zu, so kann - falls die atomrechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind, auch die atomrechtliche Genehmigung erteilt werden." (Ministerialrat J. Faffelhuber, Bundesinnenministerium, Das atomrechtliche Genehmigungsverfahren in Kernenergie und Umwelt, Hg. K. Aurand, 1976, S. 252).

In der Verletzung der Rechtspflicht zur vorausgehenden Prüfung der "übrigen in Betracht kommenden öffentlich-rechtlichen Vorschriften" ist zugleich ein eklatanter Verstoß gegen die politische und wirtschaftliche Vernunft, sowie unverzichtbare Gebote des Gemeinwohls:

"Ein ernster Vorwurf, als derjenige des Abweichens von der Rechtslage kann kaum gegen ein Verwaltungsverfahren bzw. die mit seinem Vollzug betrauten Behörden erhoben werden." (O. Timiniff, Atomrecht, 1974, S. 109). Das gilt umso mehr, als bereits im öffentlichen Hearing "Das Risiko Kernenergie" vor dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages gerade im Hinblick auf die außerordentlich ungünstigen Wasserverhältnisse der Weser und die dadurch bedingten Auswirkungen eines Atomkraftwerkbetriebes nachdrücklich gewarnt wurde.

Insoweit wird vor allem auf die Ausführungen des auch international angesehenen Wasserfachmannes Prof. Dr. Höll, Hannover verwiesen (Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, Innenausschuß, Protokoll 52 u. 53, S. 60, 65, 66, 68, 139). Dabei verdient folgender ausdrücklicher Hinweis besondere Beachtung:

"Die Bundeanstalt für Gewässerkunde hat ursprünglich befürchtet und dies auch zum Ausdruck gebracht: Wenn sowas hier gebaut wird, ist unterhalb von Würgassen keinerlei weitere Nutzung der Wärmekapazität möglich. Trotzdem plant man jedoch Grohnde." (Protokoll aao., S. 66).

Im Hinblick auf den Kühlturbetrieb als wasserrechtliches Problem ist auf die gutachtliche Äußerung des Meteorologen Dr. v. Rudloff, Geophysikalische Beratungsstelle der Bundeswehr, Bremgarten zu verweisen (Protokoll aao., S. 55 - 58, 63, 130).

Entgegen allen gutachtlichen Voraussagen bilden sich beim Probetrieb von Block 1 des Atomkraftwerks in Neckarwestheim (Baden-Württemberg) etwa 10 km lange Wasserdampfschwaden aus dem Kühlturm.

Bei dieser unausweichlichen Sachlage ist die Erteilung der 1. Teilgenehmigung zur Errichtung des Atomkraftwerks Grohnde ohne vorausgehende gründliche Prüfung der an der Weser extrem ungünstigen und problematischen wasserrechtlichen Situation in höchstem Maße unverantwortlich und trägt nun dazu bei, Mißtrauen und Widerstand der Bürger gegen die industrielle Anwendung der Atomenergie zu steigern.

Der vernünftige Sinn und Zweck der Rechtspflicht zur Prüfung aller relevanten Umstände, d. h. hier der wasserrechtlichen Probleme, als Voraussetzung der etwaigen atomrechtlichen Genehmigung will vermeiden, daß Atomkraftwerke ohne vorausgehende sorgfältige Untersuchung aller Auswirkungen auf die Umwelt gebaut werden können. Andernfalls verliert die ständige Beteuerung des vorrangigen Schutzes der Bevölkerung und Umwelt ihren Sinn.

In der ohne die erforderlichen wasserrechtlichen Untersuchungen und daher rechtswidrig ausgesprochenen Teilgenehmigung zur Errichtung des Atomkraftwerks Grohnde liegt zugleich die eindeutige Präjudizierung und damit der Mangel der von rechts- u. gesetzeswegen geforderten Objektivität des Verfahrens. Die verantwortlichen Behörden werden alles versuchen, zu vermeiden, daß wasserrechtliche Verfahren postfactum mit allen finanziellen Nachteilen für den Betreiber gestoppt werden.

Deshalb ist die Prüfung des einvernehmlichen Verhaltens der verantwortlichen Minister und des Regierungspräsidenten in Hannover unter dem Gesichtspunkt des § 236 des StGB vorrangig. Diese Vorschrift gilt auch für Verfahren für Verwaltungsbehörden, sofern für ihre Erledigung Rechtsgrundsätze maßgeblich sind.

Diese Strafanzeige wird in den Publikationsorganen des Weltbundes zum Schutze des Lebens (WSL) ebenso veröffentlicht, wie die zu erwartende Stellungnahme der Staatsanwaltschaft. Bei den manigfachen Versuchen der Befürworter der Atomenergie, wahre Tatsachen zu unterdrücken und falsche Behauptungen zu verbreiten, hat der oft zitierte "mündige Bürger" in der "informierten Gesellschaft" einen Anspruch auf wahrheitsgemäße Unterrichtung.